

Isolationismus triumphiert in der britischen Labour-Partei : unzweideutige Absage an Nuklearwaffen

Autor(en): **Schöttli, Urs**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **153 (1987)**

Heft 3

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-57736>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Isolationismus triumphiert in der britischen Labour-Partei

Unzweideutige Absage an Nuklearwaffen

Urs Schöttli

Mitte Dezember letzten Jahres verabschiedete die britische Labourpartei ein neues Grundsatzdokument zu ihrer künftigen Verteidigungspolitik. In dessen Mittelpunkt stehen die Entfernung aller amerikanischen Atomwaffen von den Basen auf den britischen Inseln sowie die einseitige und vollständige nukleare Abrüstung Grossbritanniens. Diese Ziele, die gemäss Labour-Führer Neil Kinnock spätestens ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch die Labourpartei realisiert werden sollen, würden zwangsläufig auch die Sicherheitsinteressen der Schweiz berühren. Da, gefördert auch durch das britische Majorzwahlssystem, Labour eine gewisse Chance zum Sieg bei den spätestens 1988 fälligen Parlamentswahlen eingeräumt werden muss, lohnt sich eine eingehendere Auseinandersetzung mit dem jüngsten Dokument der Labour-Partei.

Das Dokument «**Modernes Grossbritannien in einer modernen Welt**» belegt unzweifelhaft, dass in der Labour-Partei die Unilateralisten einen eindeutigen Sieg über die gemässigten, proatlantischen Elemente errungen haben, dessen historische Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Mit ihrem **Programm der totalen und bedingungslosen nuklearen Abrüstung** steht die Labourpartei in Opposition nicht nur zur regierenden Konservativen Partei von Premierministerin Margaret Thatcher, sondern auch zur sozialdemokratisch-liberalen Allianz, die sich zu einer Fortsetzung der unabhängigen britischen Nuklearstreitmacht durchgerungen hat. Hauptmotiv für die Beseitigung der britischen Atommacht, die ohne jede Absprache mit Frankreich und den Vereinigten Staaten sowie ohne Forderung nach entsprechenden sowjetischen Abrüstungsschritten vollzogen werden soll, ist die finanzielle Belastung. Die Einsparungen, im wesentlichen erzielt durch die Ausmusterung der Polaris-U-Bootflotte und durch die Aufgabe des Ersatzprogrammes Trident, sollen dazu verwendet werden, die konventionellen Streit-

kräfte zu stärken. Nach *Meinung der Labour-Führung* geht die *Hauptbedrohung* in Europa nicht von einem nuklearen, sondern vom *konventionellen Übergewicht* der Sowjetunion aus.

Mit Recht darf bezweifelt werden, dass bei einer allfälligen Regierungsübernahme durch Labour die gemässigten Elemente, die nur widerstrebend das neue Verteidigungsdokument unterstützen, das Sagen haben werden. Die Struktur der Labour-Partei hat sich in den letzten acht Oppositionsjahren entscheidend gewandelt, und in manchen Wahlkreisen stehen die Kandidaten noch weiter links als Neil Kinnock. Es lässt sich damit heute nicht bestreiten, dass, was nun bezüglich unilaterale nukleare Abrüstung beschlossen wurde, auch Regierungsprogramm werden wird.

Bevor Kinnock sein Programm der britischen Öffentlichkeit präsentierte, hatte er sich in die USA begeben, wo sowohl Vertreter der Administration als auch der Demokratischen Partei keinen Zweifel daran liessen, dass von den Vereinigten Staaten der neue Labour-Verteidigungspolitik entschieden opponiert wird. Auch dürfte sie weder bei den Franzosen noch in Bonn auf Gegenliebe stossen. *Frankreichs Sozialisten* haben nie in Frage gestellt, dass sie fest hinter einer unabhängigen «*Force de Frappe*» stehen. In der *Bundesrepublik* dürfe allerdings der Labour-Entscheid bei den unilateralistischen Elementen in der SPD auf Gegenliebe stossen und dort nach der Niederlage von Kanzlerkandidat Rau eine *weitere Radikalisierung* bewirken.

In der Atlantischen Allianz müssen die Entwicklungen in der Labour-Partei zu besonderer Besorgnis Anlass geben. Von allen europäischen Mitgliedstaaten ist Grossbritannien der einzige, der – von regional eng begrenzten Einsatzmöglichkeiten der Franzosen in Afrika abgesehen – über eine ausserhalb Europas, in den Weltmeeren einsetzbare Streitmacht verfügt. Es lässt

sich nicht übersehen, dass, wenn Grossbritannien als verlässlicher und starker Nato-Partner wegfällt, nicht nur die Allianz als solche in Mitleidenschaft gezogen wird, sondern auch die Stärke Europas innerhalb dieser Allianz unterminiert wird, mit allen Konsequenzen, die dies für die eigenständigen Sicherheitsinteressen Westeuropas haben muss. Man kann nicht auf der einen Seite als Europäer die wachsende Entfremdung der USA beklagen und zugleich alles unternehmen, was jenen Stimmen in den Vereinigten Staaten Auftrieb gibt, welche die Europäer schon immer als einen unzuverlässigen, zu eigenen Opfern nicht bereiten Partner gesehen haben. Die Rechnung dafür wird spätestens bei der nächsten aussereuropäischen Krise zu bezahlen sein, die wie die Ölpreisschocks in den siebziger Jahren unseren wirtschaftlichen Lebensnerv tangieren kann.

In diesem Zusammenhang sind, auch wenn wir nicht zur Atlantischen Allianz gehören, jedoch als freie Demokratie deren militärischen Schutz geniessen, auch die spezifisch schweizerischen Interessen zu sehen. Die *Sicherheit*, Freiheit und Unabhängigkeit der *Schweiz* ist mit dem Schicksal einer funktionierenden Atlantischen Allianz untrennbar verbunden. *Die unilaterale nukleare Abrüstung Grossbritanniens würde* – auch wegen der kulturellen und geschichtlichen Affinitäten der USA zu England – *den Willen der Vereinigten Staaten, zur Verteidigung des freien Europa eine glaubwürdige und abschreckende Streitmacht auf europäischem Boden zu erhalten, beträchtlich, vielleicht entscheidend schwächen*. Es ist nicht wahrscheinlich, dass ein amerikanischer Präsident amerikanische Truppen ohne nuklearen Schutzschirm in Europa belassen wird. Ein Abzug dieser Truppen wiederum müsste, mehr als alle anderen Verschiebungen im europäischen Abschreckungsgleichgewicht, die Position des Westens unterminieren. Sowohl Washington als auch vor allem Moskau wissen, dass eine sowjetische Aggression gegen Westeuropa solange zum unkalkulierbaren Risiko eines weltweiten Konflikts wird, als amerikanische Truppen unmittelbar in die Kampfhandlungen hineingezogen werden.

Ist Europa von amerikanischen Truppen entblösst, so könnte sich, wie bereits bei den ersten zwei Weltkriegen, eine zeitliche Verzögerung des amerikanischen Engagements einstellen, die vor dem Hintergrund der heutigen Waffentechnologie und der konventionellen Übermacht der Sowjetunion für uns alle verheerende Konsequenzen haben müsste. ■